



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886990

P/XIV/113 - 23. Mai 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Parteitag - wie es die Satzung befehlt Von Franz Barsig	63
3 - 3a	Bleibt die Konferenz stecken ? Vor der dritten Verhandlungswoche	95
4 - 5	Um den Versuchsstop für Kernexplosionen Die zweite Genfer Konferenz - Verfahrensfragen schwierig zu lösen	81
6	100. Schulneubau in Hamburg In der Hansestadt wurden seit der Währungsreform 2.200 neue Klassenräume geschaffen	49

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Parteitag - wie es die Satzung befahl

Von Franz Barsig

Es wird nicht wenige Delegierte auf dem Berliner Parteitag der FDP gegeben haben, die sich nach den drei Tagen in der Hasenheide gefragt haben, ob der Aufwand das Ergebnis rechtfertige, ob nicht andere Gremien dieselben Resultate erzielt hätten, ohne rund 220 Delegierte zu bewegen. Die Frage ist müßig, die FDP hat eine demokratische Satzung, sie schreibt den Parteitag vor - und so war er eben.

Doch man soll nicht allzusehr mit einem Parteitag ins Gericht gehen. Die Freien Demokraten haben es schwer, sich zwischen den beiden großen Parteien zu behaupten, und die letzten Wahlen waren für sie alles andere als Lichtblicke. Gerade deshalb hätte man dem Parteitag mehr geistige Beweglichkeit gewünscht, gerade deshalb wäre vielleicht mehr politische Gewissensforschung am Platze gewesen. Es hat wirklich wenig Sinn, wenn man, wie Thomas Dehler, den anderen Parteien die Existenzberechtigung abspricht, diese anderen Parteien aber starke politische Machtfaktoren sind, während die FDP schließlich um ihre Existenz kämpfen muß. Im übrigen ist lächelnde Gelassenheit gerade bei Thomas Dehler am Platze. Die Berliner Parteitagsrede hat er in ähnlicher Form schon 1947 gehalten. Die SPD ist trotzdem, obwohl er sie totsagt, größer und stärker geworden. Vernunft, ein viel beschworener Begriff bei Dehler, vernünftig angewendet, führt vielleicht eines Tages doch zu der Erkenntnis, daß man politische Realitäten nicht wegideologisieren kann.

Doch genug mit Thomas Dehler. Die Sozialdemokraten nehmen ihm sein Zerrbild vom Sozialismus noch nicht einmal übel, denn in der Praxis der nüchternen Zweckpartnerschaft war er bisher eigentlich immer ein passabiler Mann.

Ernster hingegen sind einige Ausfälle von Reinhold Maier zu bewerten. Das, was er sagte, kann zwar auf dem Boden des Remstal noch vertreten werden, aber nicht auf einem Parteitag. Dieser Mann hat sich offensichtlich von dem, was in Bonn wirklich geschieht, so weit entfernt, daß er an den Dingen völlig vorbeigeht. Es ist bedauerlich,

daß ein Parteivorsitzender nicht weiß, wie stark gerade die SPD in den letzten Wochen die außenpolitischen Initiativen der Freien Demokraten unterstützt, ja ihnen sogar erst Gewicht gegeben hat. Es ist noch tiefer zu bedauern, wenn ein Parteivorsitzender in seiner Auseinandersetzung mit dem Deutschlandplan der SPD fast die gleichen Argumente gebraucht, die die CDU in ihrer Hetzkampagne verwendet.

Mit solchen Mitteln schafft sich Reinhold Maier weder Freunde auf der einen Seite, noch kann er damit die andere Seite beeinflussen, im Hinblick auf die Kabinettsbildung im Spätsommer dieses Jahres Veränderungen herbeizuführen. Das Ganze war also nutzlos und nur störend.

In einem aber kann man dem Parteitag der Freien Demokraten dankbar sein, nämlich, daß er die Linie, die die Bundestagsfraktion mit der geplanten gemeinsamen Entschließung des Bundestages beschritten hat, beibehielt. Die Linie nämlich, daß im Auftrag der vier Großmächte versucht werden sollte, durch Verhandlungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands einen Weg zu finden, der die Spaltung mildert und eines Tages vielleicht sogar überwindet.

Es hat manche Kräfte gegeben, denen diese Richtung nicht paßte. Es war gut, daß sich der Parteitag davon nicht beirren ließ. Es wäre zwar vermessen, zu glauben, mit dieser Haltung sei Genf aus den Angeln zu heben, aber zumindest sind hier neue Ansatz- und Diskussionspunkte geschaffen worden. Wenn man aber davon absieht, dann bleibt über Berlin und die FDP wenig zu berichten. Das Ergebnis der Vorstandswahl und die Regelung der Nachfolgerschaft von Reinhold Maier waren eine beschlossene Sache, bevor die erste Begrüßungsrede gehalten wurde.

Die ideologische Standortbestimmung mag zwar theoretisch sehr interessant sein, aber sie wird den Freien Demokraten in der politischen Praxis nicht allzuviel helfen. Mehr gibt es nicht zu sagen. Und so kann man am Schluß nur feststellen: Die Sitzung schrieb einen Parteitag vor und er fand statt.

Bleibt die Konferenz stecken?

G.M., Genf

Wenn die dritte Woche der Genfer Außenminister-Konferenz beginnt, werden einige der Akteure mit neuen Instruktionen in die Arena treten. Außenminister Selwyn Lloyd hat zwar erklärt, er begeben sich nur nach London, um "private Angelegenheiten" zu regeln, aber jeder weiß hier, daß der britische Außenminister abseits vom Trubel des Genfer Getriebes mit einigen seiner Kabinettskollegen die Bilanz der bisherigen Verhandlungen zu ziehen gedenkt. Außenminister von Brentano ist nach Bonn abgereist. Dort erwartet ihn ein Gespräch mit Dr. Adenauer und eins mit dem Außenpolitischen Ausschuss des Bundestages. Die DDR-Delegation, an der Spitze Außenminister Dr. Lothar Bolz, erstattet ebenfalls in Parkow Bericht. Herter, Couve de Murville und Gromyko bleiben in Genf. Ihre Mitarbeiter ließen jedoch erkennen, daß die zweite Konferenzpause keine Ruhetage bringen wird.

Natürlich konzentriert sich jetzt das Interesse auf die Frage, ob - und wenn ja - wer das bisherige "Gespräch der Taubstummen" fortsetzen will. Die Westmächte scheinen entschlossen zu sein, es im wesentlichen bei der bisherigen Darstellung ihres Friedensplanes zu belassen, während Gromyko - so deutete er es jedenfalls in der Freitagssitzung an - bei Aufrechterhaltung des bekannten russischen Standpunktes hartnäckig bemüht bleiben wird, wenigstens einzelne Punkte des "Sowjetpakets" verhandlungsreif zu machen.

Von "verhandeln" im Sinne des Wortes kann nämlich bisher noch nicht gesprochen werden. Die "Großen" und die "Kleinen" haben im Grunde genommen nichts weiter getan, als die hinreichend bekannten Standpunkte x-mal zu wiederholen. Nur Gromyko und Selwyn Lloyd ließen gelegentlich durchblicken, daß sie Berührungspunkte suchen, wenn man nicht die Erklärung von Außenminister Bolz in der vergangenen Woche - die DDR würde auch über andere Punkte als nur den Friedensvertrag sprechen, wenn es gewünscht werde - ebenfalls als einen solchen Versuch werten will.

"Vielleicht drei Punkte"

Eines scheint jedenfalls festzustehen: Wenn nicht etwas Außergewöhnliches geschieht, dürfte dieser Genfer Außenminister-Konferenz in der Frage der deutschen Wiedervereinigung kaum einen Fortschritt erzielen. Im westlichen Lager hört man, daß es zwischen der westlichen und der östlichen These keinen Kompromiß geben könne. Die Russen schweigen sich über die Möglichkeit eines Kompromisses aus.

Auf russischer Seite werden drei Punkte genannt, die vielleicht noch Verhandlungsgegenstand werden könnten: erstens die Berlin-Frage, zweitens die europäische Sicherheit mit dem ganzen Komplex des "Disengagement" und drittens die Zulassung Polens und der Tschechoslowakei bei Beratungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland.

Das ist alles aber sehr vage. Selbstverständlich operieren die Russen auch hier in Genf mit Versuchsballons, die sie gelegentlich sogar mit Hilfe westlicher Journalisten hochsteigen lassen, um die Reaktion des Westens abzutasten.

Aber beide Seiten scheinen daran interessiert zu sein, wenigstens in der Berlin-Frage einen kleinen Fortschritt zu erzielen, wobei vorausgesetzt werden muss, dass weder der westliche noch der östliche Vorschlag in dieser Frage Aussicht auf Annahme hat. Immer häufiger wird hier davon gesprochen, der Westen würde sich bereiterklären, die Zugänge zu Berlin durch sowjetzonale Beamte kontrollieren zu lassen, wenn diese als Beauftragte der Russen in Erscheinung treten. Dass Gromyko den westlichen Vorschlag, aus ganz Berlin eine freie Stadt zu machen, auch nur als diskussionswürdig erachtet, gilt als ausgeschlossen.

In der Frage der europäischen Sicherheit und des Auseinanderrückens der beiden Militärblöcke in Mitteleuropa blickt nach wie vor alles auf die Bundesregierung. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass von Bonn aus irgendetwas geschieht, was im Sinne einer Auflockerung der Konferenz gewertet werden könne. Jedenfalls ist keiner offiziellen westdeutschen Erklärung etwas derartiges zu entnehmen.

#### Auch Atomverhandlungen gestoppt

Wie man sieht, ist die Bilanz der ersten beiden Konferenzwochen recht dürrftig. Dazu kommt noch, dass am späten Freitagabend bekannt wurde, die neben der eigentlichen Aussenministerkonferenz laufenden Verhandlungen zwischen Amerikanern, Russen und Engländern über den Stop von Atomwaffenversuchen und deren Kontrolle, seien ebenfalls zunächst auf Eis gelegt worden. Verschiedentlich hatte man gehofft, diese Verhandlungen würden helfen, ein günstiges Klima für die Gipfelkonferenz zu schaffen. Seit Freitagabend machen die Beteiligten düstere Gesichter und ergreifen sich in wenig optimistischen Prognosen.

Tatsache ist, dass Amerikaner und Engländer den Russen offiziell mitgeteilt haben, sie würden im Augenblick keinen neuen Versuch für die Fortsetzung der Verhandlungen machen, nachdem die Russen ihrerseits erklärt hatten, sie müssten erst einmal das bisher auf den Verhandlungstisch gelegte Material über Kontrollmöglichkeiten wissenschaftlich überprüfen.

Während auf westlicher Seite die jetzt entstandene Situation mit der Begründung den Russen zur Last gelegt wird, Moskau wolle überhaupt keine weiteren als die bisher erzielten Berührungspunkte erreichen, sagen die Russen, der Westen verwirre alles durch immer neue und bisher durch nichts bewiesene technisch-wissenschaftliche Behauptungen. Offenbar, um sich einen Ausweg zu lassen, haben die Russen jetzt die Notwendigkeit exakter wissenschaftlicher Überprüfungen der amerikanisch-englischen Angaben angeregt. Von beiden Seiten war jedoch zu hören, dass dieser jetzt erreichte Stand der Atomverhandlungen den Verlauf der Genfer Aussenministerkonferenz und die Vorbereitungen zu einer Gipfelkonferenz nur ungünstig beeinflussen könne.

Wenn das letzte zutrifft, verblasst auch in diesem Punkt der kleine Hoffnungsschimmer, auf den internationale Konferenzbeobachter immer wieder verwiesen hatten, wenn davon die Rede war, dass die Aussenministerkonferenz praktisch bereits ein Misserfolg sei. Die Atomverhandlungen waren während der vergangenen 14 Tage in gewissen Sinne die schwankende Brücke, auf der sich Ost und West immer noch treffen konnten.

So geht Genf in die dritte Verhandlungswoche ohne jede Illusion über eine Annäherung von Ost und West. Entweder - das muss erwartet werden - bleibt der Begriff "Verkrampfung" das Leitmotiv der Gespräche, oder irgendein kleines Stück der grossen von Ost und West vorgelegten "Pakete" wird mit zäher Verbissenheit weiterdiskutiert. Das sind keine guten Aussichten.

### Um den Versuchsstop für Kernexplosionen

E.H., Genf

Durch die Einbeziehung in den Bannkreis der Genfer Außenminister-Konferenz hat die seit Juli 1958 mit Unterbrechungen in Genf tagende Konferenz zur Einstellung der Atomwaffen-Versuchsexplosionen eine neue Aktualität erhalten. Seit dem vorigen Jahr versuchen die Atomwaffenbesitzer USA, Großbritannien und die Sowjetunion in langwierigen und durch die technischen Spezifizierungen sehr schwierigen Verhandlungen ein Übereinkommen zu finden.

Die Problematik eines Abkommens zur Einstellung von Versuchsexplosionen ist für den Außenstehenden nicht leicht ersichtlich. Die größte Schwierigkeit liegt darin, daß die Sowjets auf einem Vetorecht für Grundsatzentscheidungen bestehen, womit aber das Funktionieren der gesamten Konstruktion der Versuchseinstellung in Frage gestellt wird. Sie stützt sich auf eine zentrale Kontrollkommission, die ihrerseits - über die ganze Welt verstreut - etwa 180 feste Kontrollposten unterhalten soll. Um eine Anschauung von der Größe des gesamten Kontrollapparates zu bekommen, muß man wissen, daß jeder dieser Posten zur Aufstellung der vorgesehenen Registrierapparate eine Grundfläche von zehn Quadratkilometer beanspruchen wird. Auf diesem Areal sollen feinste Meßapparate für seismographische, elektromagnetische, radioakustische und für Untersuchungen auf Radioaktivität aufgestellt werden.

Strittig ist an diesen Posten ihre personelle Zusammensetzung: Amerikaner und Briten verlangen eine internationale Mischung des jeweils etwa 24 Mann starken Personals, wobei sie Abstufungen zugestehen hinsichtlich des wissenschaftlichen Personals und des reinen Dienstpersonals, das aus Einheimischen bestehen könnte. Die Russen, in einem Angstkomplex vor Spionen befangen, wollen den Posten nur vier oder fünf Ausländern attachieren, worin die Amerikaner deshalb eine Gefahr sehen, weil infolge der schichtweisen Arbeitszeit auf den Posten Zeiten entstehen könnten, in denen die Meßapparate nur von Einheimischen beobachtet werden. Um den Russen die Angst vor Spionen zu nehmen, haben die Amerikaner vorgeschlagen, die Kontrollposten in der Sowjetunion sollten notfalls von der sowjetischen Polizei beobachtet werden, damit die Sowjets sicher seien, daß dort nichts anderes geschehe, als eben die Ausübung der Kontrolle, wie es vertragsgemäß vereinbart ist.

Auch in der Frage der Kontrolle der Kontrollposten und der von ihnen getätigten Messungen und Feststellungen gehen die Meinungen noch weit auseinander. Diese Kontrollkommissionen sollen registrierte Erschütterungen an Ort und Stelle auf ihre Ursachen hin prüfen. Der Streit verliert sich hier in nebelhafte Verästelungen.

Es geht darum, ob zwanzig Prozent der gemeldeten und registrierten Vorgänge auf ihre Ursachen überprüft werden, oder ob nur die Stärksten und von diesen auch nur Prozente kontrolliert werden, und wie die Inspektionsgruppen ausgerüstet und wo sie stationiert sind.

Die Sowjets wollen Ausrüstungen und Transportmittel für diese Gruppen national verfügbar halten. Die beiden anderen Mächte wollen sie wie eine Feuerwehr fertig ausgerüstet mobil machen und per Flugzeug, Schiff oder in anderer Weise von der zentralen Behörde eingesetzt an die Punkte schicken, an denen die Apparate der Kontrollposten besondere Vorgänge festgestellt haben. Hier sollen sie prüfen, ob es sich z.B. um Erdbeben oder um atomare Versuche gehandelt hat. Mit den modernsten Apparaten sollen Messungen der Luft, des Bodens und sonstige Untersuchungen rasch und sicher möglich sein.

Es liegt auf der Hand, welche hemmende Wirkung ein Vetorecht in Einzelfragen auf die Arbeit und das Funktionieren des gesamten Kontrollapparates haben würde. Nach den sowjetischen Wünschen wäre, wie die Amerikaner sagen, die Anwendung des Veto von Grundsatzen bis zur Einstellung einer Putzfrau in die oberste Kontrollkommission möglich.

Viel Mühe werden die Unterhändler auch noch in die Vereinbarungen über die zentrale Kontrollbehörde setzen müssen, die das gesamte System beherrschen soll. Sie soll unter einem Präsidenten und sechs Abteilungsleitern arbeiten. Nach westlichen Vorstellungen sollen in diesem Siebener-Team die Amerikaner, die Sowjets und die Engländer mit je einem Mitglied, die Ostblockstaaten mit zwei Mitgliedern und neutrale Länder mit zwei Mitgliedern vertreten sein.

Die Sowjets lehnen zwei neutrale ab und meinen, im Zweifelsfalle würden die es doch mit den Westmächten halten. Sie fordern stattdessen eine stärkere Besetzung der Ostblockländer.

In diesem Rahmen, in den noch eine Reihe kleinerer Nebenfragen gehört, ging das zähe Ringen um Buchstaben, Punkte und Prinzipien seit Wochen hin und her. Die Außenminister der Drei sollen nun die Weichen stellen, damit die für die Zukunft der Menschheit so entscheidende Frage endlich einer Lösung zugeführt werden kann.

+ + +

### 100. Schulneubau in Hamburg

(rh) - Westdeutschlands volkreichste Großstadt und - gemessen am Güterumschlag - Europas viertgrößte Hafenstadt (hinter Rotterdam, London und Antwerpen), die Freie und Hansestadt Hamburg, gehört nicht nur zu den vom letzten Krieg am meisten betroffenen Städten Europas, sondern auch zu jenen, die aus eigener Kraft diese Verwüstungen am weitesten zu überwinden verstanden haben. Im Hafen waren 75 Prozent der Anlagen und Einrichtungen vernichtet - bis heute hat man 28 moderne Kai-schuppen mit 463.000 qm neu oder wieder errichtet, 900 moderne Kräne in Betrieb gesetzt und 343 km Hafengebäude neu gelegt. Von den 563.000 Hamburger Wohnungen wurden im Krieg 277.000 vollständig zerstört und 171.000 beschädigt - die Beschädigungen sind fast durchweg wieder wettgemacht. Vor kurzem wurde in Hamburg die 250.000. Neubauwohnung seit dem Kriege errichtet. Verkeerende waren die Kriegsfolgen für das Hamburger Schulwesen: von 470 Schulen standen zwar noch 250, aber davon konnte nur in 60 Gebäuden unterrichtet werden, denn die übrigen dienten als Wohnheime, Krankenhäuser und Amtsgebäude oder waren für die Besatzungsmacht beschlagnahmt.

Dem Bau von neuen Schulen hat Hamburg seit der Währungsreform - fast durchweg unter sozialdemokratischer Verwaltung - die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Jetzt konnte Mitte Mai der Grundstein für den 100. Schulneubau in Hamburg seit 1949 gelegt werden. Schulsenator Landahl (SPD), der Ende April 1949 den Grundstein zum ersten Schulneubau in Hamburg nach dem Kriege legen konnte, war auch jetzt wieder bei der Grundsteinlegung zum 100. Schulneubau der zuständige Hamburger Schulminister. Die Bilanz der Schulneubauten, die er dabei vorlegen konnte, erbrachte den Beweis, daß Hamburg neben dem Wiederaufbau des Hafens und neben der Schaffung von Wohnraum die Schulneubauten als seine größten und in die Zukunft weisenden Erfolge buchen kann. Auch wenn wegen der großen Schulraumnot die Schulneubauten bisher nicht in allen Bauabschnitten durchgeführt werden konnten, weil immer auch sonst neue Klassenräume geschaffen werden müssen, die das vorgesehene Budget in Anspruch nehmen, so ist das bisherige Ergebnis tatsächlich imponierend.

Denn es wurde nicht nur der Grundstein für 100 neue Schulen gelegt und ihr Bau je nach den Mitteln vorangetrieben - darunter sind 77 Volksschulen, 9 Sonderschulen, 9 Gymnasien und 5 Berufsschulen -, sondern es konnten während der vergangenen zehn Jahre 2.200 Klassenräume geschaffen werden. Das ergibt, jede Schule im Durchschnitt zu 20 Klassen gerechnet, an sich schon die Schaffung von über 100 neuen Schulen. Von den 2.200 neuen Schulklassen entfallen auf die Volksschulen 1.580, auf die Gymnasien 250 und auf die Berufsschulen 375 Klassen- und Fachräume.

Da es das Ziel der Hamburger Schulverwaltung ist, eineinhalb Jahrzehnte nach Kriegsende in allen Schulen den Einschichtunterricht wieder herzustellen und die unbedingt notwendigen Fachräume zu schaffen, so ist Hamburg nach der Feststellung des Senators Landahl zu weiteren großen Anstrengungen in den nächsten Jahren gezwungen. Es müssen noch mindestens 26 Grundsteine für Schulneubauten und 14 Grundsteine für solche Schulgebäude gelegt werden, die baufällig oder zu klein geworden sind.

+ + +